

technisch-materiellen Voraussetzungen (f und g) dagegen kaum. 41 % derer, denen die Arbeit nicht gefällt, verrichten Hilfsarbeiten, 65 % von ihnen sehen jedoch keine Möglichkeit, sich durch ihre Arbeit höher zu qualifizieren. Etwas mehr als die Hälfte der Jugendlichen im Lugansker Werk gehört dem Komsomol an; der Bericht der „Izvestija“ bestätigt also die geringe Beteiligung der Berufstätigen am Komsomol im Vergleich zu Schülern und Tagesstudenten. Die „Izvestija“ sucht dies z. T. dadurch zu erklären, daß diese Jugendlichen zu wenig an der Verantwortung beteiligt würden. Kein einziges der 33 Mitglieder des Gewerkschaftskomitees des Betriebes sei unter 25 Jahre alt. Für die Komitees der einzelnen Werksabteilungen gelte das gleiche. Auch in den Stadt- und Bezirkskomitees, in denen das Diesellokomotivwerk stark vertreten ist, trifft man nur wenig Jugendliche. Die vorliegende Untersuchung gibt gewiß in sich und ohne Zusammenhang mit anderen nur einen begrenzten

Einblick in die Arbeitsmoral sowjetischer Jungarbeiter. Da sie aber in einem als vorbildlich geltenden Werk durchgeführt wurde, entkräftet sie von vornherein den möglichen Einwand, anderswo sei es ja besser. Sie bietet damit eine obere Orientierungslinie an, die die Gefahr einer Unterbewertung verhindert, aber andererseits auch nicht ohne Vorbehalte auf alle vergleichbaren Betriebe angewandt werden könnte. Eher ist wohl das Gegenteil anzunehmen. Ersichtlich wird auch, welchem Stress sich jener unterziehen muß, der beruflich vorankommen will. Mehr indirekt dürfte deutlich geworden sein, daß das gesellschaftspolitische Engagement unter Studenten und Arbeitern ziemlich gering ist. Freilich bleibt der grundlegende Einwand ungenügender Repräsentativität und damit ungesicherter Ergebnisse bestehen, es sei denn, daß man keine Antwort auch als Antwort ansieht, die aber in diesem Fall eher negativ als positiv gewertet werden müßte.

Länderberichte

Die griechisch-katholische Kirche in der ČSSR

Im Zuge des Prager Frühlings gingen wiederholt Nachrichten über Auseinandersetzungen zwischen orthodoxen und griechisch-katholischen Christen in der Ostslowakei durch die Presse. Man las da von Kirchenbesetzungen, von Vertreibung von Geistlichen und offenen Feindseligkeiten zwischen den beiden Gruppen, die offenbar nicht nur auf einzelne Ortschaften beschränkt blieben. Dieser für westliche Beobachter fast unverständliche Konflikt zwischen geographisch und spirituell benachbarten Gruppen hat eine leidvolle und für beide Gruppen wechselhafte Vorgeschichte, die hier zum Verständnis eines unter den Augen eines selbst im ideologisch-politischen Konflikt lebenden kommunistischen Regimes sich abspielenden religiös-politischen Dramas (an einer Nahtstelle zwischen Ost- und Westkirche) kurz skizziert sei.

Wechselvolle Geschichte

Die griechisch-unierten Katholiken hier bewohnten den Bogen südlich der Karpaten, und zwar zumeist die sog. Karpaten-Ukraine; zu einem kleineren Teil lebten sie auch in der östlichen Slowakei. Sie sind zum allergrößten Teil Nachkommen der im Laufe der Jahrhunderte aus den nördlich dieses Gebirgskammes liegenden Gebieten Galiziens eingewanderten Ruthenen. Ihre Vorfahren waren orthodoxe Christen. Im 16. Jahrhundert bestand für sie bereits ein eigenes Bistum in Mukačevo (Munkatsch), dessen Sitz 1775 nach Užhorod verlegt wurde; anfangs des 19. Jahrhunderts entstand für den auf dem Gebiet der späteren CSR liegenden westlichen Teil der Diözese Mukačevo in der Ostslowakei für die dort lebenden unierten Christen das Bistum Prešov. Im 16. Jahrhundert hatte es hier, insbesondere als Abwehrmaßnahme gegen eindringende reformatorische Bestrebungen von Ungarn her, Bemühungen um eine Vereinigung mit Rom gegeben, die von Ungarn aus betrieben wurden, aber bei der Bevölkerung keinen Widerhall fanden. Als der orthodoxe Bischof von Mukačevo 1642 dem Heiligen Stuhl sich unterstellte, folgte ihm sein Kirchenvolk nicht; einige

Jahre später (1653) erklärten Priester und Laien ihre Gemeinschaft mit der römischen Kirche, doch auch jetzt blieb die Union mit Rom unklar und kaum im Kirchenbewußtsein des Volkes verankert. Erst gegen Ende des 17. Jahrhunderts begann die Bindung an Rom auch in das Bewußtsein des Volkes sich einzuleben. Im 19. Jahrhundert setzte jedoch unter dem Einfluß einer insbesondere von Serbien aus gesteuerten Propaganda für die Orthodoxie wiederum eine rückläufige Bewegung ein. Dabei standen nationale Motive im Vordergrund, aber auch materielle Rücksichten wurden herausgestellt, da die mit Rom unierten Katholiken in Ungarn durch staatliche Gesetze zu Naturalienabgaben an ihre Pfarrer und zu Dienstleistungen für sie (Feldbau, Holz einschlag) verpflichtet waren. Diese gesetzlich verankerten Auflagen an die Pfarrangehörigen bestanden jedoch nicht für die Orthodoxen. Bei der Armut der karpato-ukrainischen Bevölkerung mußte dieser Unterschied nur noch mehr zählen. Es kann aber auch nicht geleugnet werden, daß so mancher griechisch-katholische Pfarrer unbewußt zu einer Abneigung des Kirchenvolkes gegen die Bindung an Rom selbst beigetragen hat. Sie waren während ihrer Ausbildung, und zwar auch in ihrem eigenen Priesterseminar in Užhorod, sehr stark mit der ungarischen Mentalität in Berührung gekommen, und ihre Ausbildung erfolgte zu stark im Geiste der lateinischen und damit der westlichen Traditionen. So wurden die späteren Seelsorger weithin dem eigenen Volkstum entfremdet. Viele blieben davon geprägt auch in ihrer seelsorglichen Tätigkeit in den Gemeinden, die eine andere als ihre ererbte Denkart nicht kannten und gefühlsmäßig sehr stark auch im religiösen und kirchlichen Leben dem eigenen Volkstum verbunden waren. Wo daher ein Seelsorger Gewohnheiten des lateinischen Christentums einführte, sich der volkseigenen Kirchlichkeit in den Augen der Gläubigen entfremdet zeigte, hat die Bevölkerung darin eine auch von der römischen Kirche gebilligte Entnationalisierung gesehen. So entstand allzuoft eine innere Entfremdung zwischen dem Geistlichen und seinem Kirchenvolk.

Nachdem 1918 dieses Gebiet von Ungarn abgetrennt und der neuen CSR zugeschlagen worden war, wurde auf neue unter der katholischen Bevölkerung des byzantinisch-slawischen Ritus ein antikatholischer Affekt entfacht. Inwieweit hier Zusammenhänge bestanden mit der antikatholischen Einstellung und mit der großen Abfallsbewegung, die anfangs der zwanziger Jahre unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg innerhalb des tschechischen Volkes sich auswirkte, insbesondere ob, wie in Böhmen und Mähren, auch hier staatliche Stellen, die jetzt in der Karpaten-Ukraine mit hierher beorderten Tschechen besetzt waren, dabei ihren Einfluß ausübten, kann wohl nicht mehr untersucht werden; der Verdacht liegt jedoch nahe, und zwar aufgrund einer gleichlaufenden Propaganda in der Slowakei, wo gleichfalls von den neu ins Land gekommenen tschechischen Beamten weithin die antikatholische Propaganda vorangetragen worden ist. Es läßt sich daher nicht so ohne weiteres behaupten, daß eben das Kirchenvolk die Union mit Rom innerlich nicht übernommen habe; denn die auch vom Kirchenvolk mit der Union in Verbindung gebrachte Madjarisierung und eine vom Klerus mehr oder weniger ungewollt mitgetragene Westlichung mußte sich auch im kirchlichen Bereich, der gerade in der Karpaten-Ukraine so eng mit dem nationalen Fühlen verbunden war, auswirken. So ist es zu erklären, daß in den Jahren 1920—1923 gegen 100 000 Katholiken des byzantinisch-slawischen Ritus in 70 Dörfern der Karpaten-Ukraine sich wiederum der Orthodoxie angeschlossen haben. Bei der Volkszählung 1929/30 haben sich in diesem Landesteil der damaligen CSR 359 167 (= 49,52 %) als Unierte und außerhalb der Karpaten-Ukraine, zumeist in der Ostslowakei im Bistum Presov, nochmals 225 874 als Unierte bekannt; zur Orthodoxie bekannten sich in der Karpaten-Ukraine 112 074 (= 15,44 %). Der auffallend hohe Rest von 35,04 % erklärt sich aus der großen Anzahl der nach 1918 aus Böhmen und Mähren hier eingesetzten tschechischen Beamten; weit größer jedoch war noch der jüdische Anteil, nicht unbedeutend die Zahl der römischen Katholiken und der evangelischen Christen.

Das religiös-kirchliche Leben verlief in den übernommenen Bahnen; der Klerus war zahlenmäßig ausreichend und stand in seiner theologischen Bildung den römisch-katholischen Priestern der Slowakei nicht nach, wenn er auch das theologische Wissen zumeist westlicher, damit römisch-katholischer Literatur entnehmen mußte. Das Kirchenvolk war zu seinem allergrößten Teil tiefgläubig, wenn auch die Ausdrucksform seiner Religiosität ganz im Rahmen des Ererbten und Übernommenen verblieb und stark emotional durchdrungen war.

Liquidierung . . .

Die Tragödie dieser unierten Katholiken begann nach der Eroberung des Landes durch sowjetrussische Truppen im Herbst 1944. Anfangs schien es, als ob durch ihre Anwesenheit nichts für das kirchliche Leben befürchtet werden müßte; sie selbst wurden von der Bevölkerung nicht feindselig aufgenommen. Der kommandierende sowjetrussische General hat nach dem Einmarsch seiner Truppen in Użhorod den dortigen griechisch-katholischen Bischof G. Romža aufgesucht und ihn des wohlwollenden Verhaltens der Roten Armee versichert. Die ersten Schwierigkeiten kamen von den Nationalausschüssen, die sich in jedem Ort gebildet hatten und die der Unterstützung

durch die Besatzungsmacht sicher sein konnten. Noch gelang es Bischof Romža, einige von diesen Ortsgewaltigen inhaftierte Priester durch seinen energischen Protest aus der Haft zu befreien. Aber auch die Orthodoxen sahen ihre Zeit jetzt gekommen; sie vertrieben unierte Pfarrer und bemächtigten sich ihrer Kirche und Pfarrgebäude. Auf einer Generalversammlung der Vertreter aller Nationalausschüsse des Landes (26. 11. 44), auf der ein Vertreter der sowjetrussischen Kommandantur den Vorsitz innehatte, wurde der Anschluß des Landes an die Sowjetunion beschlossen und Stalin in einem Telegramm um die Aufnahme der Karpaten-Ukraine in den sowjetrussischen Verband gebeten; noch wurde dieser „Bitte“ von Moskau nicht entsprochen; faktisch schien jedoch diese Vereinigung mit der Sowjetunion von nun an zu bestehen, und die Prager Regierung hat am 29. Juni 1945 diesen Teil ihres Staatsgebietes „freiwillig“ an die Sowjetunion abgetreten.

Ein von jener Generalversammlung erlassenes Manifest beteuerte auch, daß es in der Sowjetunion keine Religionsverfolgung gebe. Als Bischof Romža sich weigerte, dieses Dokument mitzuunterschreiben, entstanden die ersten Schwierigkeiten. Die Presse bezeichnete ihn als Faschisten und Volksfeind. Das liturgische Fürbittgebet für den römischen Papst wurde verboten und die Trennung von Rom als Voraussetzung dafür gefordert, daß auch weiterhin das kirchliche Leben im Lande unbehelligt bleiben sollte. Von nun an wurden auch die Orthodoxen in diesem Landesteil mehr und mehr von der sowjetrussischen Besatzungsmacht bevorzugt; ein Gesetz regelte den Religionswechsel von der griechisch-katholischen Kirche zur Orthodoxie „ohne jede Formalität“. Eine andere EntschlieÙung ermöglichte die Beschlagnahme der griechisch-katholischen Kirchengebäude dort, wo zwei Drittel der Gläubigen zur Orthodoxie übergetreten waren; mit Hilfe kommunistischer Funktionäre konnten sie aber vielfach auch dort in deren Besitz gelangen, wo die Orthodoxen eine Minderheit blieben. Die religiöse Unterweisung an griechisch-katholische Kinder und Jugendliche wurde verboten, das gesamte kirchliche Leben von der sowjetrussischen Geheimpolizei und ihren zahlreichen Helfern überwacht. Alle Versuche jedoch, unter den Geistlichen willfähige Männer zu finden, blieben — zunächst — erfolglos.

. . . und Zwangsorthodoxierung

Im Oktober 1945 ernannte dann der Moskauer Patriarch einen Bischof für das bisher mit Rom verbundene Bistum der unierten Karpaten-Ukrainer Mukačevo und Prešov. Dieser nahm seinen Wohnsitz in der griechisch-katholischen Bischofsstadt Użhorod. Der Plan der Sowjets, mit Hilfe der Orthodoxen die unierte Kirche zu liquidieren, gelang jedoch nicht. Es wurde nun ein weit stärkerer Druck auf Bischof Romža ausgeübt. Dieser aber blieb fest. Von sowjetischer und orthodoxer Seite wurde gleichfalls alles versucht, um das Volk für einen kirchlichen Anschluß an das Moskauer Patriarchat zu gewinnen, ohne jedoch auch hier zunächst dieses Ziel zu erreichen. Gegen Bischof Romža begann man nun härter vorzugehen: Er sollte das Opfer eines inszenierten Verkehrsunfalls werden. Nach einem durchaus glaubwürdigen Bericht wurde sein Pferdegespann von einem sowjetrussischen Lastwagen frontal gerammt; der Bischof und seine Begleiter blieben jedoch am Leben. Der Bischof starb aber nach Mißhandlungen unter ungeklärten Umständen wenig später.

Jetzt wurde der Kampf gegen die unierte Kirche mit allen Kräften geführt; ein politisch kompromittierter griechisch-katholischer Geistlicher gab dem physischen und psychischen Druck nach und unterstellte sich öffentlich dem Moskauer Patriarchen. Anfang 1949 wurde die Kathedrale von Užhorod der Benutzung durch die Unierten entzogen und dem orthodoxen Bischof übergeben. Noch hielt das Kirchenvolk zum allergrößten Teil stand. Nun wurden alle griechisch-katholischen Gotteshäuser geschlossen, die Pfarrgebäude insgesamt beschlagnahmt, die unierten Priester vertrieben und ihnen die Ausübung ihres geistlichen Amtes untersagt; ihre Aufgabe übernahmen orthodoxe Priester, die nun versuchten, das Vertrauen des Volkes zu gewinnen. Der Anschluß an die Orthodoxie war somit praktisch durchgeführt. Nur wenige aus den Reihen des griechisch-katholischen Klerus erklärten sich bereit, in den Dienst der orthodoxen Kirche überzutreten; wo es geschah, war dieser Schritt zuallermeist von der Sorge um die materielle Existenz ihrer Familie erzwungen, die meisten jedoch zogen dieser Entscheidung das Leben als Arbeiter vor. Am 15. August 1949 wurde der Übertritt der griechisch-katholischen Kirche der Karpaten-Ukraine in einer feierlichen Liturgie des orthodoxen Bischofs von Užhorod festlich begangen.

Liquidierung der griechisch-katholischen Diözese Prešov

Auch im östlichen Teil der Slowakei lebten Katholiken des byzantinisch-slawischen Ritus; in Prešov war der Sitz des griechisch-katholischen Bischofs für die im Jahre 1948 auf 305 645 Gläubige angewachsene Restkirche der Unierten. Dem Volkstum nach bildeten sie keine Einheit; unter ihnen befand sich ein kleiner Teil Ukrainer, ferner Slowaken und jener als Rusiner bezeichnete, zwischen beiden stehender Volksteil. Nationale Spannungen konnten daher nicht ausbleiben.

Noch während der letzten Kriegsmonate bekamen die Katholiken in der ganzen Slowakei einen Vorgeschmack späterer Maßnahmen zu spüren. Jetzt rächte sich ihr politisches Engagement in der Zeit nach 1939. Damals entstand aus Enttäuschung über unerfüllte Zusagen der Tschechen und unter dem Druck Berlins ein selbständiger slowakischer Staat, der nicht nur seine Entstehung der Slowakischen Volkspartei zuschreiben hatte, die erst von dem römisch-katholischen Pfarrer *Hlinka* und dann von dem Prälaten *Tiso* angeführt wurde, sondern auch von den politischen Kräften der slowakischen Katholiken bis zum Ende getragen worden ist. Staatspräsident wurde der nach Kriegsende durch den Strang hingerichtete Prälat *Tiso*.

Als im Sommer 1944 die sowjetrussischen Truppen sich der Slowakei näherten und das Land von russischen und slowakischen Partisanen durchsetzt war, weigerte sich die zumeist aus Katholiken gebildete Regierung in Preßburg, sich auf die Seite der siegreichen Sowjetrussen zu stellen. So setzte sich die Spitze des nun insgeheim entstandenen Slowakischen Nationalrates zum größten Teil aus Kommunisten und Protestanten zusammen, der bald seine antikatholische Einstellung dokumentierte: Bereits im Herbst hat er, obwohl das von ihm kontrollierte Gebiet nur einen kleinen Teil des Staatsgebiets ausmachte, das gesamte katholische Schulwesen aufgehoben; Pfarrhäuser und Amtsräume der Bischöfe wurden von den Partisanen durchsucht, Ordensleute vertrieben und die Gläubigen in ihrem religiösen Gefühl verletzt. Anfangs 1945 wurden

die beiden Bischöfe *Vojtaššák* und *Busalka* eingekerkert, die katholische Aktion sofort nach Kriegsende aufgelöst, das katholische Pressewesen vernichtet. Und in diese antikatholische Kampagne wurden auch die Katholiken des byzantinisch-slawischen Ritus miteinbezogen.

Auch ihre Situation verschlechterte sich dann nach der kommunistischen Machtergreifung im Februar 1948. Die unfreundlichen und später direkt feindlichen Maßnahmen der Prager Regierung und der Kommunistischen Partei machten vor der Slowakei nicht halt; wie in Mähren mußten aber auch hier die staatlichen und parteiamtlichen Funktionäre auf das religiöse Empfinden der Bevölkerung eine größere Rücksicht nehmen als in Böhmen, ohne daß deshalb die Knechtung der Kirche hier milder verlaufen wäre. Besonders hart wurden aber jetzt die Katholiken des byzantinisch-slawischen Ritus getroffen: Der Diözesanbischof von Prešov, *P. Gojdič*, wurde verhaftet und von einem Gericht zu lebenslänglicher Haft verurteilt; er starb 1960 im Gefängnis von Leopoldov; sein Weihbischof, *B. Hopko*, erhielt 25 Jahre Zuchthaus, wurde in den sechziger Jahren aus dem Gefängnis entlassen und in einem Altersheim in Nordböhmen untergebracht, durfte jedoch nicht in die Slowakei zurückkehren. Bereits am 28. April 1950 wurde auf einer Versammlung teils willfähriger, teils gezwungener Laien und Priester aus der Diözese Prešov unter dem Vorsitz eines orthodoxen Metropoliten die Bindung an die römisch-katholische Kirche als gelöst proklamiert und um die Aufnahme in die orthodoxe Kirchengemeinschaft gebeten. Die Prager Regierung beeilte sich, diesen Anschluß an Moskau zu genehmigen, das Volk stand ihm jedoch ablehnend gegenüber. Im Juli 1950 wählten 238 Laien und 21 Geistliche aus der Diözese Prešov für dieses Bistum einen orthodoxen Bischof zum Oberhaupt. Damit war die griechisch-katholische Kirche in der Slowakei liquidiert. Ein gutes Drittel des unierten Klerus schloß sich diesem erzwungenen Übertritt zur Orthodoxie nicht an, obwohl die allermeisten aus seinen Reihen für eine Familie zu sorgen hatten. Eine ungefähr ebenso große Anzahl wurde aus irgendeinem Grund zu Kerkerstrafen verurteilt. Der Weltklerus hat sich in der Ostslowakei überhaupt als treuer erwiesen als manche Ordensangehörigen. Selbst jene, die sich der neuen Lage anpaßten und im Dienst des orthodoxen Bischofs verblieben, empfanden dies als eine schwere Last. Es war überhaupt die Treue zur Kirche in der Bindung an Rom das hervorragende Charakteristikum der dortigen griechisch-katholischen Geistlichkeit, die wiederum auf einer starken Tradition beruht und im Laufe der Verfolgung durch Orthodoxe und in Galizien auch durch römisch-katholische Polen sich ausgebildet hatte. Doch soll darüber nicht übersehen werden, daß diese starke Traditionsverbundenheit sie andererseits weniger beweglich machte. So kannten sie in den zwanziger Jahren keine Exerzitenbewegung, erlebten keine liturgische Erneuerung und keinen neuen Zugang zur Schrift; es fehlte hier eine geistliche und kirchliche Dynamik, die aber in einer ethnisch uneinheitlichen, aus slowakischen, ukrainischen, rusinischen und verstreut auch russischen Bestandteilen aufgebauten und zahlenmäßig kleinen Kirchengemeinschaft nur sehr schwer erweckt werden konnte. Dazu kommt, daß, wie in der Diözese Mukačevo, die älteren Geistlichen ihre vom ungarischen Geist geprägte Ausbildung nicht überwunden hatten. Und das Volk selbst war in seiner kirchlichen Tradition zu eng mit dem nationalen Erbe verknüpft. So konnte eine gewisse Sterilität im kirchlich-religiösen Leben nicht ausbleiben.

Die von einem Machtspruch erzwungene und von politischen Interessen infizierte kirchliche Bindung an das Moskauer Patriarchat fand beim Volk nur wenig Zustimmung. Der größere Teil ließ sich lieber von den römisch-katholischen Seelsorgern betreuen, obwohl dort die Form der Liturgiefeier ungewohnt und die römischen kirchlichen Traditionen fremd waren. Andere wiederum beteiligten sich zwar am orthodoxen Gottesdienst, blieben jedoch ohne innere Bindung an die neue Kirchengemeinschaft. Die Jugend wuchs in die innere Zustimmung zur alten, mit Rom verbundenen Kirchlichkeit hinein, ohne jedoch deren liturgische Ausprägung erleben zu können; sie blieb innerlich der byzantinisch-slawischen Zugehörigkeit verbunden, erlebte aber äußerlich römisches Christentum. So blieben viele Gläubige der liquidierten griechisch-katholischen Diözese wenigstens anfangs ohne Beheimatung im äußeren Bereich einer lebendigen Gemeinde, fühlten sich aber irgendwie noch am Rande des lateinischen Gemeindelebens und fanden sich hier erst allmählich zurecht, wenn sie dies alles auch nur als einen Ausweg aus ihrer kirchlichen und religiösen Not ansahen.

Neuer Anfang

Der „Prager Frühling“ brachte auch den unierten Katholiken der ČSSR eine unerwartete Wende ihrer so aussichtslosen kirchlichen Situation. Die formale Wiederzulassung war auch diesmal nur eine staatliche Verwaltungsmaßnahme, durch die ihre kirchliche Existenz behördlich wieder zugelassen und anerkannt wurde. Schwieriger als diese Seite der rein äußeren Erneuerung durch die staatliche Administrative zeigte und zeigt sich immer noch der innere Wiederaufbau. Eine zweifache Problematik wirkt sich hierbei ungünstig auf eine Neubelebung eigenen kirchlichen Lebens aus.

Zunächst muß das innerkirchliche Problem der anfangs erzwungenen und dann irgendwie doch auch angenommenen Eingliederung in das Gemeindeleben der römischen Katholiken gelöst werden. Es entstand vor allem dort, wo die griechisch-katholischen Christen sich dem Gottesdienst und der Sakramentenspendung in den Gemeinden der römischen Katholiken zugewandt hatten. Als nun 1968 mit dem Aufbau eines eigenen Gemeindelebens begonnen wurde, konnte die Umstellung nach einer fast zwanzigjährigen römischen Kirchenpraxis weder äußerlich noch innerlich so schnell vollzogen werden. Es konnten daher Schwierigkeiten auf seiten der Gläubigen nicht ausbleiben. Aber auch Klagen aus dem Munde griechisch-katholischer Geistlicher gegen ihre römischen Amtsbrüder blieben nicht aus. Der Vorwurf gegen diese war nun öfter zu hören, sie seien nicht bereit, tun jedenfalls zu wenig, um die griechisch-katholischen Glieder ihrer Gemeinden den sich neu formierenden griechisch-katholischen Kirchengemeinden wiederum zuzuführen. Dabei darf aber eine Entwicklung nicht übersehen werden, die es den unierten Katholiken schwermacht, den „Ortswechsel“ aus den römisch-katholischen in die griechisch-katholischen Gemeinden vorzunehmen. Denn auch für die Gläubigen des byzantinisch-slawischen Ritus, vor allem für die jüngere Generation, war die altslawische Liturgiesprache zu einer Fremdsprache geworden. Es fehlte die lebendig erfahrene Gemeinsamkeit zwischen Liturgen und Gemeinde im Gottesdienst. Und auch der Ritus selbst war vielen fremd, wenigstens ungewohnt geworden; dazu kam die zeitliche Länge der griechischen Liturgie. Dies alles hat eine vorbehaltlose Umstellung auf die alten Traditionen sehr er-

schwert. Die Gläubigen unter der jungen Generation haben sich an die römische Liturgie gewöhnt, insbesondere in der letzten Zeit, da die slowakische Liturgiesprache von ihnen verstanden wird. Die jungen Katholiken des byzantinischen Ritus haben vielfach kein inneres Bedürfnis mehr nach einer altslawischen Liturgie. Dabei ist diese Jugend dem übernommenen Kirchenbewußtsein treu geblieben, in den Dörfern ohne römisch-katholische Kirchen blieb sie dem orthodoxen Gottesdienst lieber fern, hielt ihre schlichten gottesdienstlichen Feiern selbst auf Friedhöfen, blieb bei der katholischen Kirche und damit bei der Bindung an Rom, wuchs aber doch mehr in das römisch-katholische Gepräge hinein. Es läßt sich darum verstehen, daß die unierten Geistlichen, die jetzt aus langer Verborgenheit wieder hervortraten, eine solche Entwicklung nicht gern sehen.

Der gemeinsame Glaube, die hierarchische Einheit, das Gefühl kirchlicher Zusammengehörigkeit haben dem Verhältnis der beiden katholischen Schwesternkirchen nichts an der komplexen Spannung genommen. Wenn soeben die Tatsache vermerkt wurde, daß die Umstellung der unterdrückten Unierten zur wieder zugelassenen eigenen Kirchengemeinschaft nicht so reibungslos erfolgt, so betrifft diese Feststellung doch mehr die Teilnahme an der Liturgie, wenn auch dann die Frage nach Existenzform und Daseinsberechtigung einer eigenen griechisch-katholischen Kirchlichkeit sich stellen muß. Aber dies zu erwägen, ist die Zeit noch nicht gekommen.

Angestaute Erbitterung

Zunächst begann von unten her, vom ehemaligen Kirchenvolk, eine im Emotionalen angestaute Verbitterung gegen die Orthodoxen sich Luft zu machen. Im Tauwetter der politischen Entwicklung griffen Unierte zur Selbsthilfe, und zwar noch bevor die Regierung ihrer Kirchengemeinschaft die Erlaubnis zu einem Neubeginn gegeben hat. Sie beanspruchten jetzt ihre geraubten Gotteshäuser zurück, verübten sogar Gewaltmaßnahmen, um ihre Forderungen durchzusetzen. Selbst vor der sakramentalen Wirklichkeit der Orthodoxen machten sie nicht immer halt. So kam es zu sehr bedauernden Vorkommnissen, die wiederum die Abneigung der Orthodoxen gegen die Unierten stärkten. Wohl hat Ende 1968 ein Übereinkommen zwischen dem orthodoxen Bischof und dem griechisch-katholischen Weihbischof diesem Verhalten ein Ende zu machen versucht, die tatsächlichen Schwierigkeiten sind dadurch jedoch nicht ganz aus der Welt geschafft worden, weil die Situation sich nicht geändert hat: Die Unierten dürfen wiederum ihr kirchliches Leben führen, ihre Gotteshäuser und ihre Pfarrgebäude sind ihnen aber immer noch vorenthalten und werden von den Orthodoxen benutzt.

Die vereinbarte gemeinsame Benutzung der Dorfkirche dort, wo nicht alle zur wiedererstandenen griechisch-katholischen Kirche zurückgekehrt sind, birgt den Keim neuer Streitigkeiten schon in sich.

Ein ebenso schwieriger Punkt betrifft jene Geistlichen, die jetzt den Unierten sich anzuschließen bereit sind. Bei jenen, die schon vor 1950 zu der mit Rom verbundenen Kirchengemeinschaft gehört haben und nur aus der Not ihrer Situation orthodox geworden sind, wird die Umkehr nicht schwer sein. Anders verhält es sich mit orthodoxen Geistlichen, die erst nach der Liquidierung der griechisch-katholischen Kirche und nach einer bisweilen, wenigstens in den Augen der Unierten, ungenügenden theologischen Ausbildung zu orthodoxen Geistlichen ordi-

niert worden sind und dennoch jetzt den Unierten sich anschließen wollen. Hier erstehen Schwierigkeiten, da nicht wenige unierte Christen jene Geistlichen ablehnen. Zu all dem sind die griechisch-katholischen Christen in der Ostslowakei ohne bischöfliche Führung. Ihr letzter Diözesanbischof ist 1960 im Gefängnis gestorben; ihr Weihbischof ist nicht Ordinarius des Bistums, wohnt wohl in der Bischofsstadt, hat aber dort nicht einmal Zutritt zu dem Amtsgebäude, das früher Eigentum der Diözese war. Der Heilige Stuhl hat einen Apostolischen Administrator ernannt, der jedoch nicht Bischof ist. Die Anzahl der Priester ist gering, die meisten sind alt und z. T. noch in anderen Berufen tätig. Die wenigen Alumnus des byzantinisch-slawischen Ritus studieren in Preßburg, Leitmeritz und Olmütz, da für sie eine eigene Ausbildungsstätte derzeit noch fehlt.

Was bereits vor 15 Jahren bekannt war, ohne daß es amtlich bestätigt wurde, ist während des Prager Frühlings offen ausgesprochen worden: Die Liquidierung der griechisch-katholischen Kirche in der ČSSR war von Moskau politischer und ideologischer Führung diktiert worden. Der heute amtierende Erste Parteisekretär der KPČ ist glaubwürdigen Berichten zufolge daran auch persönlich interessiert gewesen. Inzwischen hat aber in Prag und in Preßburg die Einsicht sich durchgesetzt, daß mit jenem Vorgehen eine gefährliche nationale Frage berührt worden ist, die heute die Regierungen in Prag und Preßburg mit nationalistischen Tendenzen konfrontiert, die weder dem Interesse der Gesamt-Tschechoslowakei noch dem des slowakischen Volkes dienlich sind. Im Laufe der letzten Jahre ist insbesondere im ukrainischen Volksteil der Ostslowakei eine großukrainische Bewegung rein gefühlsmäßig herangereift, die von einer Groß-Ukraine träumt, zu der die abgetretene Karpaten-Ukraine, die ganze Slowakei und Teile Mährens bis zu dem altehrwürdigen Velehrad hin einbezogen werden sollen. Es ist verständlich, daß solche politische Träumereien den tschechischen und slowakischen Politikern sehr unangenehm sind. Es ist daher durchaus glaubhaft, daß die Regierung auch von

da her sich veranlaßt sah, die griechisch-katholische Kirche in der Slowakei wieder zuzulassen. Gegen ihren Willen, aber auch ohne es verhindern zu können, sind so die unierte Katholiken in der Slowakei in dieses Gedankenspiel einbezogen. Damit sind sie aber aufs neue politischen Erwägungen ausgeliefert. Dazu kommt, daß in letzter Zeit wiederum Parteifunktionäre der alten Garde ihre für kurze Zeit verlorenen Machtpositionen bezogen haben. Werden sie sich wiederum an den unierte Katholiken vergreifen und sie einer ideologisch unterbauten politischen Raison oder einem zweiten freundschaftlichen Wink aus Moskau opfern?

Eine ökumenische Aufgabe

Was sich im Sommer 1968 in ostslowakischen Dörfern ereignet hat, war gewiß Ausprägung einer lange Zeit hindurch unterdrückten Verbitterung entrechteter Christen. So manche Übergriffe haben jedoch nicht nur das Gebot des Evangeliums verletzt, sondern auch ökumenischen Bemühungen geschadet. Und doch scheint gerade die katholische Christenheit der ČSSR und insbesondere der Slowakei ohne Unterschied ihrer kirchlichen Eigenart dazu aufgerufen, den Brückenschlag zur orthodoxen Christenheit immer wieder zu versuchen. In ihr ist die Cyrill-Method-Tradition noch lebendig, und zwar nicht nur bei der katholischen Intelligenz, sondern auch im Volk. Wohl haben die Ereignisse des 21. August 1968 für Generationen des tschechischen und slowakischen Volkes eine Abneigung gegen Sowjetrußland erzeugt, die jedoch das religiös-kirchliche Verständnis und die aufrichtige Bereitschaft zu einer Annäherung an die Christenheit des Ostens nicht mindern sollte. Von führenden Männern der unierte Katholiken in der Ostslowakei ist diese rein religiöse Aufgabe deutlich angesprochen worden. Es wäre daher ein nüchterneres Nebeneinander von unierte und orthodoxen Christen in den ostslowakischen Dörfern erstrebenswert, um nicht noch weiterhin dem Bazillus der Feindschaft Nahrung zu geben.

Der Hindu-Moslem-Konflikt in Indien

Ausgerechnet unmittelbar vor den Feierlichkeiten anläßlich des 100. Geburtstages von Mahatma Gandhi und zudem noch im Gliedstaat Gujarat, aus dem Gandhi stammt, brachen in Indien wieder blutige Auseinandersetzungen zwischen Hindus und Moslems aus, die leider als „das größte Massaker zwischen den beiden zahlreichsten Religionsgemeinschaften Indiens seit den erschreckenden Monaten von 1946 und 1947, während deren im Verlauf der Teilung des Subkontinents mehrere hunderttausend Menschen in religiösen Feinden umgebracht wurden“ („Neue Zürcher Zeitung“, 1. 10. 69), bezeichnet werden müssen.

Ein blutiger Zwist

Die Unruhen, welche am 19. September in der Hauptstadt von Gujarat, Ahmedabad, begannen und sich von dort über den Gliedstaat ausbreiteten, forderten zwischen 1200 und 5000 Menschenleben. Hinzu kommt eine endlose Schar von Verwundeten, teilweise brutal verstümmelten, sowie mehr als 10 000 Obdachlosen bzw. Flüchtlingen.

Nach übereinstimmenden Augenzeugenberichten herrschte bei den Kämpfen eine Brutalität vor, wie man sie heute kaum noch erwarten sollte — und wie sie sich derzeit doch vielfach in Indien, auch bei politischen Kämpfen, breitmacht. Es kam zu Verbrennungen bei lebendigem Leibe, zu Tötungen mit blankem Dolch, zum Zerhacken von religiösen Gegnern. Angetrieben durch Fanatismus und aufgostauten Haß begann ein Gemetzel, das schließlich nur — allerdings sehr verspätet — durch das energische Eingreifen von Polizei und Armee beendet werden konnte. Erschreckend war besonders die hohe Zahl von getöteten Frauen und Kindern, von „kleinen Leuten“, die in den unerbittlichen Sog hineingezogen wurden, ohne sich dagegen sträuben zu können — während die anstachelnden Fanatiker sich im Hintergrund hielten oder durch Verhaftung der Rache entgingen. Die größten Opfer haben die Moslems zu beklagen, die in Gujarat wie in ganz Indien eine Minderheit sind. Insgesamt sind von den ca. 550 Millionen Indern 60 Millionen Moslems. Sie bilden damit hinter den ca. 460 Millionen Hindus und vor den etwa 10 Millionen Christen, 8 Millionen Sikhs, 3 Millio-